Erzgebirgischer Volksfreund

Der „Erzgebirgische Volksfreund" erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen.
Der Preis für die 34 mm breite Colonel-Grundzeile im Anzeigenbezirk ist 20 (Familienanzeigen und Stellengesuche Behördlicher 15), auswärts 25, für die 90 mm breite Petit-Reklamezeile 80, auswärts 100, für die 90 mm breite amtl. Colonelzeile 55, auswärts 65 Reichspfennig.
Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 12208.
Gemeinde-Giro-Konto: Aue, Erzgeb. Nr. 36.

Tageblatt • enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft und der Staatsbehörden in Schwarzenberg, der Staats- u. städtischen Behörden in Schneeberg, Lößnitz, Neustädtel, Grünhain, sowie der Finanzämter in Aue und Schwarzenberg und des Amtsgerichts in Aue.

Es werden außerdem veröffentlicht: Die Bekanntmachungen der Stadträte zu Aue und Schwarzenberg und des Amtsgerichts zu Johanngeorgenstadt.

Verlag C. M. Gärtner, Aue, Erzgeb.

Fernsprecher: Aue 31 und 91. Lößnitz (Amt Aue) 440. Schneeberg 28. Schwarzenberg 2551. Drahtanschrift: Volksfreund Erzgebirge.

Anzeigen-Annahme für die am Erscheinen erscheinende Nummer bis spätestens 9 Uhr in den Geschäftsstellen. Ohne Gewähr für das Erscheinen der Anzeigen an vorgeschriebener Stelle sowie an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht gestattet, auch nicht für die Telephonische oder durch Fernsprecher erteilten Aufträge. — Für Schäden infolge verspätetes Erscheinen, Ausfallen infolge Betriebsstörung oder höherer Gewalt, — Unterbrechungen des Geschäftsbetriebes begründeten keine Ansprüche. Bei Zahlungsverzug und Konkurs gelten Rabatte als nicht bewilligt.
Hauptgeschäftsstellen: Aue, Lößnitz, Schneeberg und Schwarzenberg.

Nr. 159. Freitag, den 11. Juli 1930. 83. Jahrg.

Amtliche Anzeigen.

Zur Ausführung von Tränkschutt bezw. Walzarbeiten werden die nachgenannten Straßen wie folgt gesperrt:

1.) Die Sperrung der Staatsstraße Schneeberg—Karlsbad in Johanngeorgenstadt wird bis 31. Juli 1930 verlängert.

2.) Staatsstraße Schneeberg—Auerbach in den Fluren Oberstützengrün und Rothenkirchen vom 14. bis 26. Juli 1930 für alle Fahrzeuge.

Umleitung über Tippner's Brauerei oder über die alte Staatsstraße in Flur Rothenkirchen.

3.) Staatsstraße Schwarzenberg—Johanngeorgenstadt in den Fluren Erla und Breitenhof vom 14. bis 22. Juli 1930 für alle Fahrzeuge.

Umleitung über Bermsgrün—Jägerhaus und über Schwarzenberg—Pöhla—Rittersgrün—Breitenbrunn.

4.) Staatsstraße Schwarzenberg—Johanngeorgenstadt in den Fluren Breitenbrunn und Johanngeorgenstadt vom 23. bis 31. Juli 1930 für alle Fahrzeuge.

Umleitung über Breitenbrunn—Jägerhaus—Eibenstock—Wildenthal—Steinbach—Johanngeorgenstadt und umgekehrt bez. Jägerhaus—Schwarzenberg.

Zuwiderhandlungen werden nach § 366 Ziffer 10 des Reichsstrafgesetzbuchs bezw. nach § 21 des Reichsgesetzes über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen vom 3. Mai 1909 (RGBl. S. 437) in Verbindung mit § 50 der Reichsverordnung über Kraftfahrzeugverkehr vom 16. März 1928 (RGBl. I S. 91) bestraft.

Die Amtshauptmannschaft Schwarzenberg, am 9. Juli 1930.

Zur Abwendung des Konkurses über das Vermögen des Kaufmanns Max Winkler in Radiumbad Oberschlema als alleinigen Inhabers der im Handelsregister eingetragenen Firmen Max Winkler in Radiumbad Oberschlema und J. G. Winkler in Rothenthal wird heute am 8. Juli 1930 nachmittags ½5 Uhr das gerichtliche Vergleichsverfahren eröffnet.

Als Vertrauensperson wird Prozeßagent Louis Golbik in Schneeberg bestellt.

Die Unterlagen liegen auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts zur Einsicht der Beteiligten aus.

Termin zur Verhandlung über den Vergleichsvorschlag wird auf

Freitag, den 8. August 1930, vormittags 11 Uhr

vor dem Amtsgerichte Schneeberg bestimmt. VV 3/30.

Schneeberg, den 8. Juli 1930. **Das Amtsgericht.**

Zur Abwendung des Konkurses über das Vermögen des Autoschlossermeisters Rudolf Johannes Böhme in Schwarzenberg, Sa., alleiniger Inhaber der nicht eingetragenen Firma Johannes Böhme, Autoreparatur, Autohandel und Betriebsfahrschule in Schwarzenberg, Karlsbader Straße 36, wird heute am 10. Juli vorm. 9 Uhr das gerichtliche Vergleichsverfahren eröffnet. Termin zur Verhandlung über den von den Schuldner gemachten Vergleichsvorschlag wird auf

6. August 1930, vorm. 10 Uhr

vor dem Amtsgerichte Schwarzenberg bestimmt. Zur Prüfung der Verhältnisse des Schuldners und der Ueberwachung seiner Geschäftsführung sowie der Ausgaben für die Lebensführung des Schuldners und seiner Familie wird der Prozeßagent Max Becher in Schwarzenberg als Vertrauensperson bestellt. Die Unterlagen liegen auf der Geschäftsstelle zur Einsicht der Beteiligten aus. VV 6/30

Schwarzenberg, den 10. Juli 1930. **Das Amtsgericht.**

Freitag, den 11. Juli 1930, vorm. 10 Uhr, sollen in Schwarzenberg-Sachsenfeld **1 Schreibtisch, 1 Bücherschrank, 1 Rauchtisch, 2 Klubsessel, 1 Eckschrank, 1 elektr. Backapparat und 1 Büfett** öffentlich meistbietend gegen sofortige Barzahlung versteigert werden. Ω 3679/29

Sammelort der Bieter: Doehlers Restaurant.

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts Schwarzenberg.

Freitag, den 11. Juli 1930, vorm. 10 Uhr, sollen in Lauter **2 Schreibtische, 1 Standuhr mit Gong, 1 Sprechapparat, 1 Geldschrank, 1 größerer Posten Weiß- und Rotweine, ca. 120 Pfd. Mandeln, versch. Posten Zigarren, 20 Flaschen Kräuterlikör, 1 Glasauslagekasten und 1 Glasaufsatz** öffentlich meistbietend gegen sofortige Barzahlung versteigert werden.

Sammelort der Bieter: Gasthof zum Löwen. Ω 685/30

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts Schwarzenberg.

Jagdhund (Deutscher Kurzhaar), braun, leicht weiß gefleckt, 7 cm Schulterhöhe ohne Steuerzeichen zugelaufen. Abholung binnen 3 Tagen gegen Kostenverlegung. Nach Fristablauf wird über den Hund verfügt.

Niederschlema, den 9. Juli 1930. **Der Gemeindevorst.**

Ein lieber Mitarbeiter ist der Lehrerschaft des Staatsrealgymnasiums zu Schneeberg entrissen worden. Der unerbittliche Tod hat am 7. Juli 1930

Herrn Studienrat Leo Lurtz

nach langer, schwerer Krankheit dahingerafft. Er war von 1896—1930 erst am Lehrerseminar und dann am Staatsrealgymnasium zu Schneeberg hauptsächlich als Turnlehrer tätig. Wir betrauern in dem Heimgegangenen den auf seinen Gebieten vorbildlichen Pädagogen, den treuen, uneigennützigen Freund der Jugend, der auch außerhalb der Schule an ihrer allseitigen körperlichen Ausbildung rastlos arbeitete, und den bescheidenen Kollegen, mit dem wir stets im besten Einvernehmen standen.

Für alle seine Liebe und Treue spricht ihm unsere Schule den herzlichsten Dank aus; sein Andenken wird unter uns lebendig bleiben.

Die Lehrerschaft des Staatsrealgymnasiums zu Schneeberg.

Dr. Geigenmüller, Oberstudiendirektor.

Widerstand oder Bluff?

Zum Abbruch der Saarverhandlungen.

Dem Abbruch der Saarverhandlungen widmet der französische Minister für öffentliche Arbeiten, Pernot, in seiner Eigenschaft als Präsident der französischen Saardelegation einen Nachruf, in dem er natürlich die Schuld an dem Fiasko auf Deutschland abzuwälzen versucht. Nach der Auffassung Pernots hat es Deutschland verpaßt, „auf den Boden der von Frankreich angeregten idealen Lösung zu treten, die weit weniger materielle Vorteile für das eigene Land aber viel mehr die Annäherung der beiden Völker, die Förderung ihrer praktischen Zusammenarbeit und damit die Festigung des Friedens zum Ziel gehabt hätte." Ach, die lieben Franzosen: Ihre Nachgiebigkeit um des lieben Friedens willen, ihre Selbstverleugnung zu dem Zwecke, mit Deutschland in ein gutes Einvernehmen zu kommen, ist rührend. Wir kennen diese edlen Menschen von Versailles, London und dem Haag her. Immer haben sie auf ihre eigenen Vorteile zu Gunsten Deutschlands verzichtet, immer ist Deutschland der böse Störenfried gewesen, der nicht anerkennen wollte, wie gut es die Franzosen mit ihm meinen.

Wie sah denn der französische Vorschlag aus? Frankreich wollte zwar den einfachen Rückkauf der Kohlengruben, wie er im Versailler Diktat vorgesehen ist, durch die früheren Eigentümer, den preußischen und den bayerischen Fiskus, und den Rückfall der Gruben an diese Eigentümer nicht verhindern, es verlangte aber andererseits eine so weitgehende Beteiligung an einer von ihm für die künftige Ausbeutung der Gruben vorgeschlagenen Aktiengesellschaft, daß diese Art der Ausbeutung, die natürlich für eine lange Zeitperiode festgelegt werden sollte, einem Eigentumsrecht so gut wie gleichkäme. Mit einem Wort, Frankreich will seine Hand im Saargebiet behalten, auch deswegen, um im Falle künftiger Verwicklungen dort die Möglichkeit zu haben, Schwierigkeiten zu schaffen.

Ob die Saarverhandlungen, die volle acht Monate gedauert haben, nunmehr scheitern werden, steht dahin. Es wäre das erste Mal seit Jahrzehnten, daß eine internationale Konferenz durch ein deutsches Nein aufgeflogen wäre. Wie oft hat sich das nationale Deutschland nach einem solchen Nein gesehnt, wie oft ist es enttäuscht worden! Nun soll ausgerechnet die Frage der Saargruben, die gegenüber den auf den vergangenen Reparationskonferenzen behandelten Problemen von recht untergeordneten Bedeutung ist, ausersehen sein, ein Prüfstein der deutsch-französischen Beziehungen zu werden. Was dahinter steckt, ist bisher der Oeffentlichkeit nicht bekannt geworden. Die Freude an dem endlichen Nein wird nicht vollkommen sein, solange nicht Klarheit darüber herrscht, ob es sich diesmal wirklich um den Willen der deutschen Regierung zum Widerstand gegen französische Anmaßung handelt, oder ob wir wiederum das Opfer eines Bluffs sind.

Die französische Auffassung.

Paris, 9. Juli. Der Führer der französischen Delegation für die Saarverhandlungen, Minister Pernot, hat über den französischen Standpunkt in der Saarfrage u. a. erklärt: Die Besprechungen haben ernste Meinungsverschiedenheiten über Punkte ergeben, die von beiden Regierungen für wesentlich gehalten werden. Deutschland, das so schnell wie möglich wieder volle Souveränität über das Saargebiet zu erhalten wünscht, hat von Frankreich verlangt, daß die im Versailler Vertrag vorgesehene Frist abgekürzt wird, und erklärte sich als Austausch für diese Konzession zu gewissen Angeboten bereit. Frankreich willigte ein, Verhandlungen zu eröffnen unter der Bedingung, daß ihr Gegenstand rein wirtschaftlicher Art sei, und daß die politischen Rechte der Saarbevölkerung aus dem Vertrag gewahrt bleiben müßten. Damals schien man übereinstimmend zu wünschen, daß die Lösung der den Regierungen zur Prüfung unterbreiteten neuen Probleme die Grundlage einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit abgebe, für die das Saargebiet ein besonders günstiges Terrain bot. Das war der Ausgangspunkt der Verhandlungen. Die französische Delegation mußte aber feststellen, daß man sich, je weiter sie fortschritten, von diesem ursprünglichen Gesichtspunkt entfernte. Nicht nur entsprachen nämlich die Vorschläge der deutschen Delegation nicht dem, was Frankreich erwartete, sondern die angebotenen Vorteile hielten sich auch keineswegs im Rahmen dieser Zusammenarbeit. Frankreich machte wohl Anspruch auf eine berechtigte Entschädigung, suchte sie aber weniger in unmittelbaren Vorteilen als in der Organisation eines Systems, das geeignet wäre, eine die Annäherung der beiden Völker begünstigende und so dem europäischen Frieden dienende Interessengemeinschaft zu schaffen. Um beiden Regierungen unter Zugrundelegung der Kommissionsarbeiten eine Annäherung ihrer Auffassungen zu ermöglichen, haben die Delegationsführer die Verhandlungen ausgesetzt. Ein positives Ergebnis wäre zweifellos leichter erreicht worden, wenn Deutschland dem Geist der Zusammenarbeit, von dem Stresemanns Initiative (!) war, treu geblieben wäre.

•

Der Außenausschuß des französischen Senats hörte Ministerpräsident Tardieu, Außenminister Briand und Arbeitsminister Pernot über die mit der Saarfrage zusammenhängenden Probleme. Briand gab einen Ueberblick über die Verhandlungen für eine wirtschaftliche Zusammenarbeit beider Nationen und erklärte: Da die Vorschläge der deutschen Delegation nicht in den Rahmen der vorgesehenen wirtschaftlichen Zusammenarbeit paßten, wurden die Verhandlungen ausgesetzt, um, wenn möglich, im Oktober wieder aufgenommen zu werden. Tardieu bestätigte diese Erklärungen. Briand machte im Anschluß Mitteilungen über die Lage im Rheinland. Er verlas einen Bericht Allemans, daß der Abzug der französischen Truppen [illegible]

Neue Riesensummen für Rüstungen in Frankreich.

Paris, 9. Juli. Vor dem Heeresausschuß der Kammer gab Generalstabschef Weygand Auskunft über die Verteilung der aus dem Rheinland zurückgekehrten Truppen. Er teilte mit, daß die Befestigungsarbeiten an der Nordostgrenze, an der Südostgrenze und am Rhein einen befriedigenden Fortschritt machen. Kriegsminister Maginot setzte die Gründe auseinander, weshalb die Regierung Zusatzkredite für die nationale Verteidigung fordere. Der Ausschuß sprach sich für die Bewilligung dieser Kredite aus. — Diese von der Regierung angeforderten neuen Kredite sollen 650 Millionen Franken betragen. Ein Teil der Presse behauptet sogar, daß insgesamt 1126 Millionen angefordert würden nach folgendem Plan: 290 Millionen für die Artillerie, 75 Mill. für die technischen Truppen, 5 Mill. für die Militärintendantur und 10 Mill. für die Militärmagazine, außerdem 56 Mill. für die Marine und 100 Mill. für das Luftfahrtwesen usw. Die sog. Kammerfraktion beabsichtigt, von der Regierung Aufklärung über die wirkliche Höhe der Summen zu fordern.

•

20 neue Kriegsschiffe. Rüstungen in England.

London, 9. Juli. Die Regierung wird einen Nachtrag zum Marinebudget einbringen, in dem 206 000 Pfund für drei Unterseeboote angefordert werden, deren Bau bis zum Abschluß der Londoner Seeabrüstungskonferenz verschoben worden war. Der Erste Lord der Admiralität begründete die Absicht der Regierung, die Flotte um 20 Kriegsschiffe zu verstärken.

Berlin, 9. Juli. Aus Anlaß der Verfassungsfeier der Berliner Hochschulen wurde beanstandet, daß in der Festaula keine Reichsfahne gezeigt worden sei. Das Kultusministerium ist mit den Hochschulen wegen der Ausschmückung bei Verfassungsfeiern in Verbindung getreten.

Berlin, 9. Juli. Reichskanzler Brüning empfing heute in Gegenwart des Reichsministers des Auswärtigen sowie von Vertretern der Reichs- und preußischen Staatsministerien anläßlich der zehnten Wiederkehr des Tages, an dem die Abstimmungen in Ost- und Westpreußen stattfanden, Abordnungen des Reichsverbandes heimattreuer Ost- und Westpreußen und des Schutzbundes. Der Reichskanzler dankte allen, die sich damals um die Erhaltung deutschen Bodens verdient gemacht haben und gab der Hoffnung auf eine bessere Zukunft des Ostens Ausdruck.

Kiel, 9. Juli. [illegible] hat heute die Tonspitze nach Oslo umgekehrt.

Hamburg, 9. Juli. Laut Mitteilung der Hamburg-Amerika-Linie befand sich das Luftschiff „Graf Zeppelin" um 17 Uhr über Akureyre an der nordwestlichen Küste, südlich des Eyafjordur Fjordes.

---

die Worte Thorbs und General Guillaumats sowie seitens der deutschen Behörden als auch der Rheinlandkommission [illegible] wurde [illegible]